

DIE REICHENSTEUER IN SPANIEN

EINE ZU KURZE GESCHICHTE

Die Diskussion über die Reichensteuer in Spanien wurde nach nur wenigen Monaten beendet, doch erfordern die Krise, die schon vor Corona bestand, und der globale Wind des Wandels, sie wieder zu eröffnen.

Yago Álvarez Barba
Madrid, den 14. April 2021

Die Diskussion über eine Reichensteuer wird auf dem gesamten Planeten lebhaft geführt, denn der gesamte Planet steht vor einer ähnlichen Situation. Die Gesundheitskrise in Verbindung mit Covid-19 mündet weltweit in eine gravierende Wirtschafts- und Finanzkrise. Weil es bei den Staaten und Zentralbanken lag, die Weltwirtschaft aufrechtzuerhalten, wurde mithilfe einer expansiven monetären und steuerlichen Wirtschaftspolitik Geld in die Wirtschaft gepumpt. Dies geschah durch Ausgaben und den Ersatz der Einkommen, die über Nacht verschwanden, damit der wirtschaftliche Stillstand und die Lockdown-Maßnahmen nicht dazu führen konnten,

den Konsum und damit die Wirtschaft zu zerstören. Doch lassen sich diese Maßnahmen für sich allein nicht mehr lange aufrechterhalten. Die Staatsverschuldung sämtlicher Volkswirtschaften erreicht ein immer höheres Niveau, und die expansiven geldpolitischen Maßnahmen (wie Geldschöpfung und Finanzspritzen seitens der Zentralbanken) werden als Rezept präsentiert, das schon jetzt kaum funktioniert und letztlich nur zu einer Überbewertung und zum möglichen Entstehen von Blasen durch sichere Anlagen wie beispielsweise in Gold, Kryptowährungen oder Immobilien führen kann.

Es ist an der Zeit, die Rechnung zu begleichen – oder zumindest sollten wir anfangen, darüber nachzudenken, wie wir die Wirtschaft weiter aufrechterhalten und fördern können und woher wir die Mittel dafür nehmen werden. Jetzt schlägt die Stunde der Steuerpolitik: Das wissen sowohl Joe Biden und Janet Yellen als auch die Europäische Kommission, und das weiß auch der Internationale Währungsfonds, der kürzlich empfohlen hat, die Steuern auf große Vermögen zu erhöhen.

Steuern sind nicht nur ein Mittel, um Einnahmen zu generieren, sondern auch die wichtigste Waffe im Kampf gegen soziale Ungleichheit. Im Jahr der Pandemie sind die Vermögen der zehn reichsten Menschen der Welt um mehr als 400 Milliarden US-Dollar gewachsen. Von den 2.755 Milliardär*innen, die auf der Forbes-Liste 2021 stehen, konnten 86 Prozent ihren Reichtum im letzten Jahr vermehren. In Spanien verdienten die Superreichen im selben Zeitraum 26,7 Milliarden Euro. Gleichzeitig sahen sich Millionen Menschen auf der ganzen Welt in extreme Armut gedrängt und die unteren und mittleren Gesellschaftsschichten sowie die kleinen und mittleren Unternehmen wurden von der Coronakrise und der wirtschaftlichen Abschwächung schwer getroffen.

Die Diskussion über die Reichensteuer ist nicht nur notwendig, sondern unumgänglich, wird sie doch von der Bevölkerung eingefordert. Eine Anfang 2020 und somit noch vor der Pandemie durchgeführte Umfrage von Reuters/Ipsos ergab, dass

67 Prozent der US-Amerikaner*innen eine Reichensteuer befürworten. Und eine neuere Erhebung der Initiative Millionaires for Humanity zeigt, dass sich in Spanien 62 Prozent der Befragten dafür aussprechen, die reichsten Menschen zusätzlich zu besteuern.

Die US-amerikanische demokratische Senatorin Elizabeth Warren legte Anfang März einen Gesetzentwurf zur Besteuerung von Vermögen über 50 Millionen US-Dollar vor, wobei der darüber liegende Betrag nach Abzug der Schulden mit einer Steuer von zwei Prozent belastet werden soll und Vermögen über einer Milliarde US-Dollar mit drei Prozent besteuert werden sollen. Vergangenen Dezember beschloss der argentinische Senat eine Sondersteuer für hohe Vermögen, von der rund 12.000 Argentinier*innen (0,02 Prozent der Bevölkerung) betroffen sind, die ein Vermögen von über 200 Millionen Pesos (ca. zwei Millionen Euro) besitzen. In weiteren Ländern wie Neuseeland, Chile und Ecuador werden vergleichbare steuerliche Maßnahmen diskutiert.

SPANIEN GEHÖRT ZU DEN AM SCHWERSTEN GETROFFENEN LÄNDERN

Der spanische Staat ist das Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OWZE), dessen Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Coronakrise mit einem Einbruch von elf Prozent am stärksten zurückgegangen ist. Der Wiederaufschwung wird 2021 aufgrund der neuen Viruswellen und angesichts der Zweifel hinsichtlich des Anlaufens der neuen Tourismuskampagne und der Erholung des Konsums und damit der Wirtschaft nicht ausfallen wie erwartet. Berechnungen der OWZE zufolge wird die spanische Wirtschaft um 5,7 Prozent wachsen, der Internationaler Währungsfonds (IWF) prognostiziert ein Wachstum von 6,4 Prozent. Unlängst sah sich auch die spanische Regierung gezwungen, ihre Prognosen zu korrigieren und ihre Erwartungen von 9,8 Prozent auf 6,5 Prozent herabzusetzen.

Die wirtschaftliche Struktur des Landes, in dem rund 15 Prozent des BIP aus Tourismus und Hotelgewerbe stammen und das schon vor dieser Krise eine hohe private Verschuldung verzeichnete, hat zu enormen Auswirkungen auf die spanische Wirtschaft und ihre Beschäftigungsdaten geführt. Trotz der Regierungsbemühungen zur Umsetzung einer Ausgabenpolitik und von Strategien zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft sowie von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung wie der Regelung zur Kurzarbeit (Expedientes de Regulación de Empleo Temporales, ERTE) wurde die spanische Wirtschaft hart getroffen. Der spanische Staat verzeichnet eine der höchsten Arbeitslosenquoten auf dem gesamten Kontinent und die Staatsverschuldung ist auf 120 Prozent des BIP gestiegen. Es ist nicht einfach, eine solche Lage zu überwinden. Deshalb sind neue steuerliche Maßnahmen, die bei denen ansetzen, die es sich leisten können, Steuern zu zahlen, eine unumgängliche Notwendigkeit.

DIE REICHENSTEUER IM SPANISCHEN STAAT

Im spanischen Staat dauerte es nicht lange, bis die Pandemie die Diskussion über die Reichensteuer aufwarf, enthielt doch die Ende 2019 zwischen PSOE und Unidas Podemos unterzeichnete Regierungsvereinbarung bereits eine Einigung – wenngleich ohne konkrete Festlegungen – zu steuerlichen Maßnahmen, um „die Besteuerung hoher Vermögen zu prüfen, damit sie zu einem gerechteren und fortschrittlichen Steuersystem beitragen“. Darüber hinaus hatte sich die Podemos-Partei, schon seit sie erstmals politisch in Erscheinung trat, die Reichensteuer als Teil ihres Programms auf die Fahnen geschrieben.

Im Mai 2020 schlug Unidas Podemos ihrem Regierungspartner die Einführung einer Reichensteuer vor. Die zur Diskussion gestellte Abgabe sieht eine Besteuerung von zwei Prozent für Vermögen von mehr als einer Million Euro vor, wobei nur das Vermögen besteuert werden soll, das diese Summe übersteigt; für Vermögen über zehn Millionen Euro sind es 2,5 Prozent, für über 50 Millionen Euro drei Prozent und

für über 100 Millionen Euro 3,5 Prozent. Als Entlastung sollen die ersten 400.000 Euro für den gewöhnlichen Wohnsitz nicht angerechnet werden. Der Vorschlag schloss die Möglichkeit der Begünstigung dieser Steuer durch die autonomen Regionalregierungen aus. Im spanischen Staat können einige Steuern von den autonomen Regionalregierungen gutgeschrieben werden, was häufig mit Ungleichheiten einhergeht und zu Steuerdumping durch einige autonome Gemeinschaften führen kann, in denen die Begünstigung besteht. So wird beispielsweise die Vermögenssteuer (die natürliche Alternative zur Reichensteuer) in Gemeinschaften wie der von Madrid, in der seit Jahrzehnten die Volkspartei Partido Popular regiert, zu 100 Prozent gutgeschrieben, wodurch sie komplett unwirksam und nutzlos wird. Mit dieser Reichensteuer sollten Unidas Podemos zufolge jährlich elf Milliarden Euro eingenommen werden, was einem Prozent des BIP entspricht.

Die von Unidas Podemos vorgeschlagene Reichensteuer nach Stufen

| | |
|-------------------------------|-------|
| Von 0 bis 1 Mio. Euro | 0,00% |
| Von 1 Mio. bis 10 Mio. Euro | 2,00% |
| Von 10 Mio. bis 50 Mio. Euro | 2,50% |
| Von 50 Mio. bis 100 Mio. Euro | 3,00% |
| Vermögen über 100 Mio. Euro | 3,50% |

Doch währte der Traum nur kurz. Der Druck anderer politischer Parteien, die großen Vermögen, die Unternehmerverbände und die schlechte Angewohnheit der PSOE, im Wahlkampf etwas zu versprechen, aber wenn mutige politische Entscheidungen anstehen, das Gegenteil zu tun, hatten eine zähe Verhandlung zwischen den Koalitionsparteien zur Folge, deren Ergebnis für das Ziel einer Reichensteuer verhängnisvoll ausfiel. Der parlamentarische Ausschuss für den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Spaniens – ein Ausschuss, in dem Dutzende

Spezialist*innen verschiedener Bereiche angehört wurden und dessen Aufgabe darin bestand, ein Dokument zu erarbeiten, das den politischen Weg aus der Krise aufzeigen sollte – legte Ende Mai 2020 ein solches Dokument vor, das jedoch die von Unidas Podemos vorgeschlagene Reichensteuer außen vor ließ.

Zwar stand unter Punkt 99 zu lesen, es solle daran gearbeitet werden, „die steuerliche Kluft zu Europa zu reduzieren“, da „unser Land Steuereinnahmen im Verhältnis zum BIP hat, die mehr als sieben Punkte unter dem Durchschnitt in der Eurozone liegen“. Fakt ist jedoch, dass die Reichensteuer bzw. „Coronasteuer“, wie sie getauft wurde, in dem Dokument, das als abschließende Entscheidung des Ausschusses beschlossen wurde, nicht auftaucht. Ministerpräsident Pedro Sánchez und Finanzministerin María Jesús Montero sträubten sich dagegen, neue Steuerarten zu schaffen, und der Ministerpräsident ging sogar so weit zu erklären: „Die Reichensteuer ist ein Fetisch.“ Bei Unidas Podemos hieß es, man habe in der Verhandlung nachgegeben, um in einem derart entscheidenden Moment, wie es die ersten Monate der Krise seien, und mit Blick auf die Verhandlung über den allgemeinen Staatshaushalt 2021 einen Konsens über andere Steuern und notwendige Maßnahmen zu suchen.

STEUERN AUF GROSSE VERMÖGEN

Stattdessen vereinbarte die Koalitionsregierung Mitte September 2020 die Erhöhung der Vermögenssteuer auf Vermögen über zehn Millionen Euro um ein Prozent. Zudem wurde in der Verhandlung über den allgemeinen Staatshaushalt für 2021 eine Erhöhung der Einkommenssteuer für natürliche Personen (Impuesto a la Renta de las Personas Físicas, IRPF) auf Kapitalerträge von über 200.000 Euro von drei Punkten und eine Erhöhung der IRPF auf Arbeitseinkünfte von über 300.000 Euro von zwei Punkten beschlossen.

Doch hat die Vermögenssteuer, die die ausgeschlossene Reichensteuer vermeintlich ersetzen soll, Lücken und Schlupflöcher und wird damit zu einem Steuerinstrument,

das in Sachen Steuereinzahlung und Umverteilung von Reichtum wenig Reichweite hat. Insbesondere sind dabei die Gutschriften der autonomen Regionalregierungen und die Steuerbefreiungen zu nennen.

Im Gegensatz zu dem, was die ursprünglich vorgeschlagene Reichensteuer beinhaltete, kann die Vermögenssteuer von den autonomen Regionalregierungen begünstigt werden. Im Fall der rechten Regierungen der Volkspartei Partido Popular wird die Steuer durch die Begünstigungen komplett aufgehoben, wie es beispielsweise in der autonomen Gemeinschaft Madrid der Fall ist, wo sie zu 100 Prozent gutgeschrieben wird und große Vermögen von Steuern befreit sind. Angaben der spanischen Steuerverwaltungsbehörde zufolge leben in der autonomen Gemeinschaft Madrid 18.587 Personen, die über ein Vermögen von 175,874 Milliarden Euro verfügen und die Steuer zahlen müssten. Doch erstens dank der Freistellungen und dann der Gutschrift von 100 Prozent zahlten sie gar nichts, wodurch dem Staatshaushalt 905 Millionen Euro entgingen. Vor wenigen Tagen, am 12. April, gab die spanische Finanzministerin ihre Absicht bekannt, den autonomen Regionalregierungen die Möglichkeit zur Gutschrift der genannten Steuer zu entziehen. Damit könnte die Steuer zwar durchaus effektiver werden, doch wird noch immer nicht die Reichensteuer daraus, die vor einem Jahr diskutiert und verhandelt wurde.

Ein weiteres Schlupfloch sind die vielfachen Freistellungen. Hier entstehen die meisten Verluste dadurch, dass die Aktien börsennotierter Unternehmen bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage für die Steuer nicht berücksichtigt werden. So kommt es, dass die Milliarden von Euro in Aktien, die sich im Besitz spanischer Millionär*innen befinden, nicht besteuert und in dieser Definition als „Reichtum“ nicht erfasst werden. Diesen beiden Lücken ist es hauptsächlich zuzuschreiben, dass Spanien abgesehen von dieser verwässerten Reichensteuer und einer schüchternen Erhöhung der zwei Arten der IRPF auf die höchsten Einkommensstufen, mit der wir immer noch deutlich unter den Höchstsätzen vieler unserer europäischen Nachbarn liegen, noch sehr weit

von einer Steuer entfernt ist, die Reichtum wirklich in die Verantwortung nehmen würde.

DER GLOBALE WIND DES WANDELS

Während dieser Text im Entstehen begriffen war, erklärte UN-Generalsekretär António Guterres, die Länder sollten „eine Solidaritäts- bzw. Wohlstandssteuer für die Profiteure der Pandemie in Betracht ziehen, um die extreme Ungleichheit zu reduzieren“. Das trifft den Tenor des IWF und steht im Einklang mit den Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der eine globale Steuerreform fordert, damit große Vermögen und multinationale Unternehmen das zahlen, was sie eigentlich müssten.

Spanien befindet sich in einer wirtschaftlich extrem anfälligen Lage. Die Mittel aus dem europäischen Aufbauplan Next Generation EU sind noch nicht angekommen, und je später sie kommen, desto weniger wird ihre Wirkung spürbar sein. Zudem sind diese Mittel an Bedingungen geknüpft, die nicht nur ihre Verwendung betreffen, sondern auch Reformen, die der spanische Staat durchführen muss, damit er sie erhält. Die spanische Staatsverschuldung hat mittlerweile 120 Prozent des BIP erreicht. Eine kurzfristige Umkehr dieser Entwicklung ist nicht absehbar. Deshalb ist es heute genauso notwendig wie vor einem Jahr, neue Finanzierungsmöglichkeiten für öffentliche Ausgaben aufzutun – und es ist sogar noch dringlicher geworden. Sowohl aus moralischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht muss diese Diskussion dringend wieder geführt werden. Der globale Wind des Wandels, der durch die Finanzpolitik weht, lässt ein Szenario entstehen, in dem auch Spanien endlich eine wirkliche Reichensteuer einführen könnte. Dafür ist allein der politische Wille der Regierung und ihrer Verbündeten notwendig.